

mittendrin

Ausgabe 05 / 2012
Information des
Bezirksvorstandes
und der BVV-Fraktion
DIE LINKE Berlin-Mitte

Mauerpark als Beute

Teilbebauung des Mauerparks beschlossen



An jedem sonnigen Tag erholen sich hunderte BerlinerInnen auf den Grünflächen des Mauerparks

Am 30. 03. 2012 verabschiedete der Stadtentwicklungsausschuss der BVV Mitte eine gemeinsame Beschlussvorlage von SPD, CDU und B90/Grünen mit den Stimmen dieser Parteien.

Die Beratung fand unter heftiger Anteilnahme und lautstarken Protesten der anwesenden 200 Bürgerinnen und Bürger statt. In dreiminütigen Beiträgen konnten Vertreter

der Bürgerinitiativen und einige wenige nicht organisierte Bürger ihre überwiegend ablehnende Haltung vortragen.

Tatsächlich Gehör fanden sie mit ihren Argumenten jedoch nicht, denn die einbringenden Parteien unter Führung der BündnisGrünen hielten an der vorbereiteten Fassung fest.

Gegen die Stimmen der Piraten und der Linken wurde die Vorlage angenommen.

Am 19.04.2012 verabschiedete die BVV Mitte endgültig, mit nur kleinen Änderungen, den fast baugleichen Beschluss.

Die LINKE unterstützt als einzige Partei rückhaltlos und auf allen Ebenen, bis hinein in die Bundesebene, seit 20 Jahren den Bebauungswiderstand und die Fertigstellungsbemühungen der Bürger (mehr auf Seite 3).

Heiner Funken, Mauerparkaktivist

Weitersagen +++ Hingehen +++ Weitersagen +++ Hingehen +++

Schlaflos am Denkmal

Wir feiern den 194. Geburtstag von Karl Marx am 5. Mai ab 15.30 Uhr am Marx-Engels-Forum in Berlin mit: Sabine Lösing, Kristine Walter, Klaus Lederer, Reinhold Andert, K.-D. Haas, Detlef Kannapin und Arno Schmidt.

DIE LINKE.

Bezirksverband Mitte

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Tel.: 030 / 24009-336, Fax -337
Mo. bis Mi. 9–16.30 Uhr,
Do. bis 19 Uhr, Fr. bis 14.30 Uhr

Ergebnisse der BVV

► Anfragen u.a.:

• Wie viele zugezogene schulpflichtige Kinder ohne Deutschkenntnisse werden gegenwärtig in speziellen Lerngruppen für »Neuzugänge ohne deutsche Sprachkenntnisse« an welchen Schulen unseres Bezirks für den Regelunterricht in der deutschen Sprache fit gemacht, wie viele Kinder sind auf der Warteliste?

Wie wird durch das Bezirksamt gewährleistet, dass für jedes dieser zugezogenen Kinder das Recht auf Schulbesuch gesichert und die gesetzliche Schulpflicht eingehalten wird?

Wie gewährleistet das Bezirksamt den Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz von Kindern aus Familien, die zugezogen sind und keine Deutschkenntnisse haben? *DIE LINKE (IV/0277)*

• Der Senat hat einen Gesetzentwurf für die Abschaffung der besonderen Bedarfsprüfung für den Hort in der 5. und 6. Klasse beschlossen. Mit welchem Bedarf rechnet das Bezirksamt für Mittes Grundschulen bei Umsetzung des Gesetzentwurfs und was bedeutet dies im Hinblick auf den dafür notwendigen Raumbedarf an Mittes Grundschulen und Förderzentren?

Wie bewertet das Bezirksamt, dass der Gesetzentwurf des Senats keine Ferienbetreuung für diese Schülerinnen und Schüler an den offenen und gebundenen Ganztagschulen sowie an den sonderpädagogischen Förderzentren vorsieht und dieser Bedarf durch die Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen abgedeckt werden soll? Sind diese Einrichtungen darauf vorbereitet und wie soll dies finanziert werden? *DIE LINKE (IV/0279)*

► Anträge u.a.:

Die Amtsführung des für die Erarbeitung des Entwurfs des Bezirkshaushaltsplanes Mitte 2012/2013 zuständigen Finanzstadtrates des Bezirks Mitte Herrn Dr. Hanke wird missbilligt.

DIE LINKE/Grüne/Piraten (IV/0297)

DIE LINKE – BVV-Fraktion Berlin-Mitte

Die Sprechzeiten im Fraktionsbüro finden Dienstag von 17.00 – 18.00 Uhr und am 3. Mittwoch von 10.00 – 11.30 Uhr, im Rathaus Mitte, Karl-Marx-Allee 31, 10178 Berlin, Raum 114 statt.
Telefon: 9 01 82 45 65

Bericht aus der BVV

Missbilligung gegen Finanzstadtrat Dr. Hanke

Die LINKE hat in der BVV-Sitzung im April einen Antrag zur Missbilligung der Amtsführung des zuständigen Finanzstadtrats und Bürgermeisters des Bezirks Mitte Herrn Dr. Hanke bei der Erarbeitung des Entwurfs des Bezirkshaushaltsplanes gestellt.

Der Antrag wurde gemeinsam mit den Grünen und den Piraten eingebracht. Der Grund für diese Missbilligung liegt in der vom Finanzstadtrat zu verantwortenden Lage, in die der Bezirk durch den noch immer nicht beschlossenen Haushaltsplan gekommen ist. Mitte hat als einziger Bezirk keinen Haushaltsplan vorgelegt. Die BVV bekam überhaupt nicht die Möglichkeit, fristgerecht über einen Haushaltsplan zu entscheiden, weil kein Entwurf vorlag. Auf der Sitzung des Hauptausschusses des Abgeordnetenhauses vom 30. März wurde das Verhalten des Bezirkes als »klar rechtswidrig« bezeichnet. Das Abgeordnetenhaus hat die Senatsverwaltung für Finanzen beauftragt, entsprechend dem § 41 der Landeshaushaltsordnung für Mitte einen Nothaushaltsplan aufzustellen, der für uns nun bindend sein wird. Gleichzeitig wurde durch die Senatsverwaltung für Finanzen festgestellt, dass der Bezirk die vorläufige Haushaltswirtschaft in diesem Jahr nicht mehr verlassen werde. Mit seiner Amtsführung hat

Finanzstadtrat Dr. Hanke den Bezirk in diese missliche Lage gebracht. Er hat dafür gesorgt, dass die vorläufige Haushaltswirtschaft mit ihren negativen Auswirkungen für den Bezirk jetzt das ganze Jahr bleibt und das Haushaltsrecht der BVV mindestens für das Jahr 2012 quasi abgeschafft worden ist. Genau dafür sollte er durch die BVV eine Missbilligung erhalten.

In ihren Verteidigungsreden suchten SPD und die CDU (Zählgemeinschaft) die Ursachen für das Versagen in allen möglichen Faktoren und bemühten sogar eine kollektive Schuld von BVV und Bezirksamt. In der Abstimmung unterlag der Missbilligungsantrag mit 25 Ja-Stimmen und 27-Neinstimmen.

Was bleibt, ist die Erkenntnis, dass die Eile der BVV in der Beschlussfassung des Haushaltsentwurfs bis zum 10. Mai nichts bringt. Ohne die Kenntnis des Nothaushalts ist sie vollkommen sinnlos, es sei denn, man hat die irre Hoffnung, der Nothaushalt entspreche dem Haushaltsentwurf des Bezirksamts. Sinnvoll wäre es, sich für eine solide Beratung Zeit zu nehmen – auch um den von Kürzungen betroffenen Einrichtungen die Möglichkeit zu geben, den Widerstand zu organisieren – und den Ergänzungsplan für 2013 gleich mit zu beraten. Aber auch dieser Erkenntnis verschloss sich die Zählgemeinschaft.

Elke Reuter

Bauleitplanung – Grund- und Handlungsmöglichkeiten

12.05., 10 Uhr, Freie Schule am Mauerpark, Wolliner Straße 25

• Mit Michail Nelken, Sven Diedrich, Vertretern der Bürgerinitiativen des Mauerparks und der Siemensstraße. Wesentlicher Bestandteil der kommunalen Selbstverwaltung ist die Hoheit in der Bauleitplanung. Die Aufstellung und Veränderung von Flächennutzungs- und Bebauungsplänen ist ein regelmäßiges Thema in den Bezirksverordnetenversammlungen. In den vergangenen Jahren wurden Tendenzen der bezirklichen Verwaltungen spürbar, die Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung zu erschweren und zu konterkarieren. Die Veranstaltung wird zum einen die rechtlichen Grundlagen der Bauleitplanung erläutern und zum anderen kommunalpolitische Handlungsmöglichkeiten aufzeigen und zur Diskussion stellen.

Guter Rat für Bürger!

Sozial- und Mieterberatung

der Linksfraktion in der BVV und des Bezirksvorstandes der Partei DIE LINKE.

mit Rechtsanwalt André Roesener:

• An jedem ersten Mittwoch des Monats von 17 bis 19 Uhr im Nachbarschaftszentrum »Bürger für Bürger« der Volkssolidarität, Brunnenstr. 145, 10115 Berlin und

an jedem letzten Mittwoch des Monats im Rathaus Tiergarten, »Kleiner Saal« im Erdgeschoss, 10551 Berlin, statt.

Termine im Linkstreff, Malplaquetstr. 12, 13347 Berlin, Tel.: 28705751

• Jeden Mittwoch im Monat: kostenlose Beratung zu **Sozialrecht (Hartz IV)** sowie **Familien-, Miet- und Arbeitsrecht** durch die Rechtsanwälte Karl Schwarz, Michael Groß und Herbert Butter von 17 bis 19 Uhr (keine Anmeldung erforderlich)

Beschlusslage am Mauerpark



In der Bezirksverordnetenversammlung Berlin-Mitte wurde am 19. April mit den Stimmen von SPD, CDU und B90/Grünen unter anderem die Zweiteilung des Bebauungsplans 1-64 (Mauerpark) beschlossen.

A: Fläche zwischen Bernauer- und Gleimstraße (ca. 7ha) / Süden

1. Die Realisierung der größtmöglichen Parkfläche ist sicherzustellen. Eine zusätzliche Bebauung soll nicht erfolgen. Das Land Berlin erwirbt hierzu die Flächen vom Eigentümer (CA Immo, ehemals Vivico).
2. Die Bürgerschaft/Bürgerwerkstatt ist in die Umsetzungen der Grünplanungen auf Grundlage der Planungen von Prof. Lange einzubeziehen.
3. Das Angebot der Betreiber von Mauersegler und Flohmarkt, ihre Flächen zu erwerben, soll vom Senat wahrgenommen werden. Alternativ soll ihnen die Möglichkeit gegeben werden, die Flächen per Erbpacht vom Land Berlin zu pachten.

B: Fläche zwischen Gleimstraße und Bahngelände Gesundbrunnen (ca. 3,5ha)

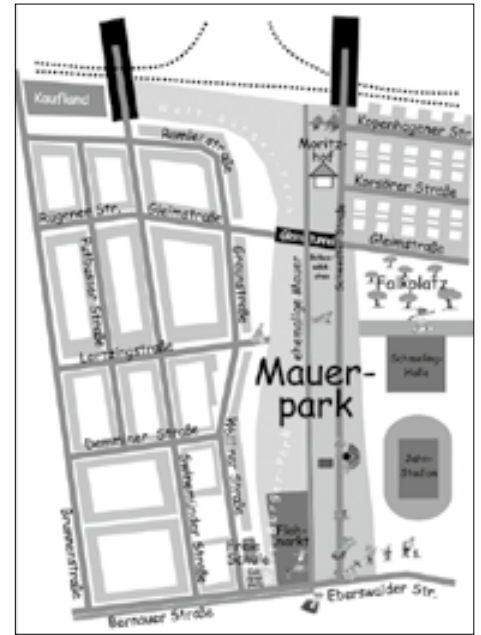
1. Eine Wohnbebauung von Teilflächen ist denkbar, wenn eine Fertigstellung des Mauerparks anderweitig nicht realisiert werden kann. Dies kann nur unter Berücksichtigung der von der Bürgerwerkstatt Mauerpark umrissenen Rahmenbedingungen erfolgen:
 - Entwicklung eines »Grünen Bandes« Richtung Pankow und Humboldthain
 - Erhalt einer Kaltluftschneise
 - Berücksichtigung der Belange des Kinderbauernhofs im Moritzhof (Abstand der Bebauung, Zuwegung des Wohnquartiers)
 - Berücksichtigung historischer Elemente
2. Die Bebauung und späteren Vermarktungen sollen folgende Rahmenbedingungen berücksichtigen: Ökologisch, nachhaltig, innovativ, verkehrsreduziert / Wohnen ohne Auto / Städtebaulich verträglich / Minimierung von Nutzungskonflikten, vorzugsweise Öffentliche

und/oder genossenschaftliche Wohnformen, Baugruppen.

Die zufällige Festlegung zugunsten einzelner Mauerparkkaufleute führte im Süden zu sofortigen Verteilungs- und Verdrängungskämpfen.

Im Norden bringen sich SPD dominierte Wohnungsbaugenossenschaften, die mit Finanzierungshilfe des Senates Wohnungsbau betreiben wollen, in Stellung.

Da es auf Weddinger Seite keine Möglichkeiten der Verkehrserschließung für das nördliche Baugebiet gibt, bangt das Gleimviertel, dass künftig, wie im bisherigen Bebauungsplan bereits vorgesehen, die Schwedter Straße und/oder die Kopenhagener Straße, zumindest während der Bauzeit (ca. 5 Jahre), als Zufahrten für das nördlichen Baugebiet herangezogen werden.



schmerzlich gezeigt bekommen. Z.B. bei der Temporegelung in der Kastanienallee.

Am 16.4. diskutierten 200 Bürger aus dem Wedding, dem Gleimviertel und anderen Bezirken die Beschlusslage. Die Versammlung entschied mit großer Mehrheit weiter gegen die Privatisierung im Süden und die Bebauungspläne im Norden anzukämpfen.

Occupy Mauerpark! war die Lösung des Abends.

Es werden weitere Protestfeste, Flashmobs und Unterschriftenaktionen stattfinden.

Informationen und Online-Petition:
www.welt-buerger-park.de

Heiner Funken



Eine Planvariante ist es z.B., die Kopenhagener Str. zu öffnen und eine Erschließung über die Basketballfläche zwischen Moritzhof und Spielplatz zu führen. Hiergegen hat sich der Bezirk Pankow wiederholt ausgesprochen, doch Verkehrsrecht ist Senatsangelegenheit. Das haben wir immer wieder



Menschen in Mitte

Andreas Böttger: Mit 26 hat man noch Träume und schon feste Überzeugungen

Wenn man noch so jung ist wie Andreas Böttger, dann ist man voller Pläne, Wünsche und Träume. In diesen Tagen erwartet er aufgeregt, einen der begehrten Studienplätze an der Deutschen Film- und Fernsehakademie Berlin zu erhalten. Filmregisseur möchte der 26jährige werden. Sein Bewerbungsfilm liegt der Aufnahmekommission seit Wochen vor. »Ich war Drehbuchautor, Dramaturg, Regisseur, Kameramann und Schnittmeister zugleich«, schildert der in Mitte Geborene die Entstehung.

Am U-Bahnhof »Märkisches Museum« drehte Andreas mit Freunden und Laiendarstellern den Fünfminuten-Streifen »Das Foto«, der die Wiederbegegnung zweier Liebender nach langer Zeit bei einem Raubüberfall beinhaltet. Etwas Rüstzeug dafür hatte er bei einem halbjährigen Praktikum in einem Studio im Prenzlauer Berg mit dem USA-Produzenten Reynold Reynolds erworben.

Nach dem Abitur am Max-Planck-Gymnasium in der Singerstraße und mehreren Monaten Zivildienst bei der Jugendberatung »Compass Mitte« studierte der viel Ruhe ausstrahlende junge Mann an der VIADRINA in Frankfurt/Oder Kultur- und Literaturwissenschaften. »Bei allem Interesse für Kunst, Kultur und Literatur verspüre ich aber auch schon immer starke Gene meiner Mutter,

einer promovierten Physikerin am Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt.«

Seit 2009 ist er neben dem Studium Tutor im Schülerlabor dieser wissenschaftlichen Institution in Adlershof. »Unser Land braucht bekanntlich dringend Nachwuchs in der Forschung«, betont er. »Wir wollen mit Experimenten junge Leute aus ganz Deutschland, die zu Exkursionen nach Berlin kommen, für die Naturwissenschaften begeistern«. So wird an einem Fallturm die Schwerelosigkeit demonstriert, eine Infrarotkamera zeigt ihre verblüffenden Möglichkeiten. Andreas Böttger bereitet die Experimente vor und begleitet die Schüler der 5. bis 13. Klassen.

»Gerade wir Jüngeren müssen uns engagieren«

»Wir jungen Leute brauchen Visionen«, ist sein Standpunkt. »Es geht doch um unsere Zukunft, um die der gesamten Menschheit«. Und er fragt: »Warum reduzieren die USA immer mehr ihr NASA-Forschungsprogramm während die Ausgaben für das Militär in Rekordhöhen steigen? Warum erforscht man nicht weiter den Mond und seine Bodenschätze zur Nutzung für die Erde? Warum geht man nicht der Vermutung nach, dass Asteroiden im All mehr Eisen, Gold und weitere Edelmetalle enthalten als die schrumpfenden Lagerstätten unserer Erde?«



Andreas Böttger: »... eine bessere Welt ist möglich.«

Andreas Böttger träumt von einer Welt, in der das Leben lebenswert bleibt, ohne Kriege, solidarisch und gerecht. Und er ist überzeugt: »Gerade wir Jüngeren müssen uns engagieren, uns in die Politik einmischen, denn eine bessere Welt ist möglich«. Als Filmregisseur will er entsprechende Themen aufgreifen, in seiner Arbeit mit Schülern auch über die Gesellschaft, über den Zustand auf unserem Planeten reden. »Für mich persönlich habe ich schon einmal eine Entscheidung getroffen: Nach den Berliner Wahlen zum Abgeordnetenhaus bin ich ganz bewusst in die Partei DIE LINKE eingetreten, die meine Lebensvorstellungen vertritt und jetzt unbedingt viel Verstärkung braucht«. Herzlich willkommen!

Matthias Herold

Kurzmeldungen

► **Knauserig, aber ökobewusst**

Ja, so sind sie, diese Berliner. Keener dreht den Hahn so richtig uff! Vermasseln Veolia, RWE und Co. das Geschäft, weil sie weniger Wasser verbrauchen, als die das gern hätten. Weniger Wasser wird gefordert, also auch weniger gefördert. Die Folgen? In manchen Kellern steht schon das Grundwasser. Abwässer plätschern nur, verstopfte Kanäle stinken zum Himmel. Und notwendiges kräftiges Durchspülen kostet Geld. Müssen nun die abgerutschten Profite mit dem Wasserpreis »angehoben« werden?

► **Vorsicht auf dem Spielplatz!**

Ganze zehn Berliner Spielplätze hat die DEKRA untersucht und dabei 62 Geräte geprüft. Nur eine Stichprobe. Aber das Ergebnis

beunruhigt. In der langen Mängelliste finden sich u.a: defekte Seile, morsche Holzbalken, fehlende Sicherungen gegen Absturz, verschlissene Sitze. Sicherheitsexperte Frank Hoffmann: »Schlecht gewartete Spielplatzgeräte stellen eine ernsthafte Gefahr für die Kinder dar.« Die Betreiber, denen die Verkehrssicherungspflicht obliegt, wurden von der DEKRA informiert.

► **Kindertagesstätten fehlen Fachkräfte**

Bis 2015 braucht Berlin 7.600 neue Erzieherinnen und Erzieher. Die Fachschulen bilden aber nicht genügend aus. So die Analyse der Gewerkschaft GEW. Im Koalitionsvertrag des rot-schwarzen Senats ist zu lesen: »Jedes Kind in Berlin soll vom ersten Lebensjahr an die Möglichkeit haben, eine Kindertagesstätte zu besuchen.« Auch mehr Drei- bis Sechsjährige sollen eine Chance haben. Allein dafür

müssten aber schon 3.750 neue Erzieher eingestellt werden.

► **Womit die Berliner zufrieden sind – und womit nicht**

Das wollten Verbraucherschützer für 2011 wissen. Drei Gebiete waren ihnen besonders wichtig: Lebensmittel, Wohnen, Energiekosten. Zufriedener als bisher sind die Berliner mit der Kennzeichnung von Lebensmitteln. Aber ordentlicher Kontrolle vertrauen sie jetzt weniger. Besseren Verbraucherschutz wünschen sie sich bei Mietverträgen und Energiekosten. In den letzten zwei Jahren haben sich für 20 Prozent der Befragten die Mieten spürbar erhöht, für die meisten »nicht nachvollziehbar«. Die Verbraucherzentrale Berlin will ihre Arbeit nach den Umfrageergebnissen neu ausrichten.

Kult im Wedding: Café Cralle

Erfolgreiches Frauenkollektiv seit 1978

Das legendäre Café Cralle in der Hochstädter Straße 10 a im Wedding ist eine Kollektivkneipe, die auch Raum für das eigene Mitgestalten bieten will.

In der Welle der Frauenbewegung der 70er Jahre entstanden, steht das Kneipenkollektiv durch die gleichberechtigte Arbeitsweise und den Verzicht auf Gewinnmaximierung auch heute noch für kreatives Arbeiten und eine angenehme Atmosphäre, die für die Gäste spürbar ist.

Hier gibt es regelmäßig Ausstellungen, Filmvorführungen, Musikevents, Vorträge, Lesungen u.a. (dafür liegt ein Monatsprogramm aus). Auch Zeitungen, Zeitschriften, Infomaterial und ein kostenloser Internetanschluss werden angeboten.

Ein »blasphemisches Menü« zum Papstbesuch

Kult im Wedding ist das Café Cralle aber vor allem durch kulturelle und politische Projekte wie beispielsweise die »antiklerikale Woche« im Vorfeld des Papstbesuchs September 2011. Solche Projekte werden durch die Gäste selbst gestaltet oder angeregt. Denn wer Lust hat, kann einfach vorbeikommen und sich zum Beispiel beim »Lesetresen« beteiligen (»Was

ist christlicher Fundamentalismus?« war ein Thema). In der »antiklerikalen Woche« gab es eine gastronomische Reise durch die regionale italienische Küche; Etappe dabei natürlich der Vatikan mit dem leckeren blasphemischen Menü.

Lesetresen?

Eine geniale Erfindung ist der Lesetresen: Das ist ein kleiner Tresen, von dem aus die Gäste selbst etwas vorlesen können und ihr Vergnügen an fremden oder eigenen Texten mit dem interessierten Publikum teilen können. Bei einem Besuch am Montagabend kann man die Atmosphäre schnuppern, sich das Lesetresenbuch geben lassen und zu jeder vollen Stunde (von 21 bis 01 Uhr) einen Termin aussuchen. Eventuell ist sogar am selben Abend noch ein Termin frei; dann kann man für 15 Minuten das Wort ergreifen. Gelesen werden darf Alles. Inzwischen haben sich auch schon Liedermacher, Performer oder Violinisten vorgestellt.



Miethai gefährdet das Projekt

Eine große Bedrohung für das kreative Frauenkollektiv ist die Nettokaltmieten-Erhöhung (durch Modernisierung) um mehr als das Doppelte (!), die ein schwedischer Immobilienkonzern im gesamten Wohnblock Hochstädter Str.10a / Maxstr. 13 verlangt. Ein harter Einschnitt, aber das Frauenkollektiv hat die Hoffnung, es durchstehen zu können.

Rainer Scholz

Mehr als ein Geheimtipp: Das Café Cralle im Herzen Weddings



Bei anderen gelesen

► Die Militarisierung des Zivilen

Es lässt sich eine Militarisierung der deutschen Forschungslandschaft beobachten, eine zunehmende Vereinnahmung ziviler Forschungssphären durch die Interessen der Rüstungsindustrie. Um eine solche Vereinnahmung handelt es sich beim Forschungsprogramm für die zivile Sicherheit, welches aus den Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) finanziert wird. Obgleich es dem Namen nach um »zivile Sicherheit« geht, und der Auftraggeber ein »zivilis« Ministerium ist, handelt es sich doch um ein Lobbyprojekt der deutschen Rüstungsindustrie.

»IMI Informationsstelle Militarisierung e.V.«, 12.03.2012

► Protest darf mit den erreichten Zielen nicht enden

Wer etwas über Erfolg und Misserfolg von Protestbewegungen lernen will, für den lohnt ein Blick in die Widerstandshochburgen Berlin und Stuttgart. Selten zuvor gab es

dort mehr Aufruhr als jetzt, aber der Ausgang könnte unterschiedlicher und lehrreicher kaum sein. Die Berliner haben mit ihrem Protesten Fakten schaffen können: Der Wassertisch hat die Veröffentlichung der Zahlen erreicht, das Guggenheim Lab geht nicht nach Kreuzberg, die Flugrouten des neuen Flughafens führen nicht über den Südwesten Berlins, das Spreeufer wird nicht gänzlich zugebaut. Die Konzepte für eine stärkere Bürgerbewegung liegen auf der Hand: das Kunststück besteht darin, die Stuttgarter Ausdauer mit der Berliner Durchsetzungskraft zu verbinden: Protest auf Standby. »taz«, 16.04.2012

► Zum Berlin-Jubiläum gibt's 775 Geschichten

In diesem Jahr feiert Berlin sein 775. Gründungsjubiläum. Zur Geburtszahl passend zeigt das Berlin-Museum im Ephraim-Palais (Poststraße 16) Porträts von 775 Berlinern. 700 von ihnen wurden auf der Straße gefragt. Heraus kamen Antworten wie: »Stadt voller Chancen«, »Berlin ist meine Sucht« oder auch

»Ich mag Berlin nicht, aber dieses Dorf im Größenwahn ist gut zum Geldverdienen«. Die Geschichten von Persönlichkeiten verraten viel über das Berliner Lebensgefühl und die Einzigartigkeit der Stadt.

Eröffnung der Ausstellung: 18.04.2012 bis Oktober, Eintritt 6/4 Euro.

»Berliner Kurier«, 17.04.2012

► Ureinwohner im Mitte-Kiez

Die Sophienstraße, 1837 nach Königin Sophie Luise benannt, ist eine der ältesten und schönsten Straßen in Berlin-Mitte. Hier gab es früher noch Schirmmacher, Korbflechter und Goldschmiede. Heute erinnert nur noch eine verblasste Malerei an einer Giebelwand daran, »Handwerk und Tradition« steht darauf. Die Gegend um die Sophienstraße ist zu einer der angesagtesten Adressen Berlins aufgestiegen. Ein gesamter Stadtteil wurde denkmalgeschützt saniert. Eine Erfolgsgeschichte, meinen die einen; das Viertel habe seine Seele verkauft, die anderen. Gleichförmig sei es geworden, unbezahlbar.

»Der Tagesspiegel«, 29.03.2012

Die Bundeskanzlerin im Jugendhilfeausschuss (JHA)



Bunt, kreativ, laut – Protest von Kindern und Jugendlichen gegen geplante Kürzungen

Der Bezirk Mitte steht wieder einmal vor der schwierigen Aufgabe, einen Haushalt aufzustellen, und zwar schnell, denn der Abgabetermin ist längst verstrichen. Die ersten Kürzungsvorschläge des Bezirksamtes liegen auf dem Tisch, auch im Jugendhilfeausschuss.

Dort war bereits im März eine Gruppe aufgebrachter Kinder und Eltern erschienen, um gegen die Schließung des Kinderladens A13 im Wedding zu protestieren. »Wir können

woanders nicht hingehen! Das ist dort wie meine Familie! Ihr dürft den Laden nicht schließen!« waren die Äußerungen der Kinder. Aber auch: »Du lügst doch, wir glauben dir nicht.«, als versucht wurde, sie zu beschwichtigen. Nicht zu unrecht, wie sich jetzt zeigt: Der A13, vom Träger als Kinderfreizeitangebot aufgegeben, soll ab dem 2. Halbjahr keine Kosten mehr verursachen. Und das soll nicht die einzige Einrichtung sein, in der es ab dem 2. Halbjahr kein Angebot mehr geben soll.

Nach den Unterlagen der Jugendamtsverwaltung fehlen für das laufende Jahr rund 830.000 Euro allein für den Bereich Jugend- und Jugendsozialarbeit.

Siegfried Kühbauer von der Weddinger Kinderfarm meldet sich im JHA mit einem Zitat aus der Rede von Angela Merkel auf der Gedenkveranstaltung für die Opfer rechtsextremistischer Gewalt zu Wort: »Wie schützen wir Menschen vor Anfeindung und Bedrohung am besten? Wir müssen uns eingestehen, dass wir dabei zum Teil scheitern. Wir müssen uns eingestehen, dass manchmal schon gerade dort, wo die Arbeitslosigkeit hoch und die Abwanderung stark ist, oft auch die vertrauten Strukturen der Jugendarbeit verloren gehen, das Freizeitangebot schwindet und die Feinde unserer Demokratie das zu nutzen wissen...«

Hier ist der Bundeskanzlerin nur zuzustimmen, denn Fakt ist: Enttäuschung und Ausgrenzung und das Gefühl der Ohnmacht sind Erfahrungen, die wir den Kindern und Jugendlichen bereiten, wenn wir ihre Bedürfnisse missachten. Und solche Erfahrungen sind Gift für eine demokratische Gesellschaft.

Auch in der April-Sitzung des JHA gab es ein lebhaftes Wiedersehen mit den Kindern aus den Einrichtungen. Sie haben uns klar gemacht: Es darf kein Angebot geschlossen werden!

Susanne Fünfstück

Berlins Bubble Tea und Weißwurst in München

Irene Runges Spaziergang

München ist nicht wie Berlin. Dort elegante ältere Passanten und innerstädtische Sauberkeit, hier die eher ausgesuchte Zufälligkeit des Seins. Dort quellen Abfalleimer in den Parks nicht über, hier räkelt man zwischen Müll auf braungrauem Rasen.

Münchens Englischer Garten hat Schick und Charme und bietet volkstümliche Speisen nebst Bier, dem Berliner Tiergarten fehlt auch das. In Münchens mittigem Stadtteil Lehel klebten an den Haustüren jüngst grellgelbe Zettel und annoncierten die *Große Altkleidersammlung*. Kleidersäcke sollten ab 8 Uhr morgens gut sichtbar am Straßenrand warten, Schuhe und Bettwäsche für Deutschland und Osteuropa wurden besonders gebraucht. Meine Freundin war misstrauisch, das Abholbüro namenlos, es

gab nur eine Handynummer. Verlockender als die im Berliner Zentrum ist Münchens Viktualienmarkt, den täglich außer sonntags muntere Menschenmassen belagern. Das ist bayrische Tradition wie das prächtige Obst unter freiem Himmel, Trachten, gezwiebelte Bärte, Bier, Brezeln und Weißwürste am Vormittag. In Berlin gibt es jetzt auch am Bahnhof Friedrichstraße ein bayrisches Bierhaus.

Ich war nur kurz in München. Als ich zurückkam, blühte der Monbijoupark, schlugen die Bäume aus, Berlins Mitte schien neu und frisch. *Luigi Zuckermann*, das kleine Lokal in der Rosenthaler Straße, war nicht verschwunden, der Namensgeber dieser italienisch-jüdischen, sprich israelischen Küche, ein Gastronom namens Udi aus Tel Aviv, hat etwas Ähnliches in der Linienstraße

eröffnet, dort, wo sie auf die Oranienburger stößt. Bei *Ruben & Carla* genießen vielsprachige Liebhaber neben Pastrami und Tagliati auch riesige Burger mit feinen Pommes Frites und verfallen im Schummerdunkel der Musik und den eigenen Gesprächen. Vis-à-vis hat der Fischladen den Winter nicht überlebt, die Schokoladenmanufaktur ist ein paar Häuser weitergezogen. Oben am Weinbergsweg, wo sich Mitte und Prenzlauer Berg treffen, ist der israelische Imbiss *Sababa* eingezogen, der wie alle den besten Humus in der Stadt haben soll. Ich war nicht dort, komme nie bergauf an den besten chinesischen *Dumplings* vorbei, den gefüllten, gebratenen oder gedämpften Teigtaschen, die es unten bei *Yumcha Heroes* gibt. Da kann man die Köche durch eine riesige Glasscheibe beobachten. Eisläden bieten auch wieder gute Qualität, und die Mode der neuen kleinen glitschigen Perlen im *Bubble Tea* ist wie der *Frozen Yogurt* mehrfach zwischen Hackeschem Markt, Rosenthaler Platz und über den Weinbergsweg hinaus zu finden.

Wie in München gehören in Berlin die Zentren des urbanen Wohlgeschmacks einer jüngeren Kundschaft als mir.

Neureglung der AV Wohnen – Senat stoppt Verdrängung nicht

Im April hat der Rot-Schwarze Senat endlich die Neureglung der Kosten der Unterkunft für Empfängerinnen und Empfänger von Sozialleistungen geregelt. In einer Rechtsverordnung legten SPD und CDU die neuen Richtwerte fest. Diese werden nun minimal angehoben und die Entwicklung der Richtwerte an den Mietspiegel gekoppelt. In die neuen Berechnungen sind allerdings nur die einfache Wohnlage und auch nur größere Wohnungen eingeflossen.

Das Problem in Berlin ist aber, dass es zu wenig Wohnungen in einfacher Wohnlage gibt, um allen Menschen, die Kosten für die

Unterkunft beantragen können, einen entsprechenden Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Hingegen gibt es in Berlin sehr viele kleine Wohnungen, die sehr teuer sind.

Natürlich sind in den neuen Richtwerten auch keine Zuschläge für Gebiete vorgesehen, in denen die Verdrängung der Altingesessenen durch immer stärker steigende Mieten berücksichtigt wird. Ebenso wenig sind Zuschläge bei Neuanmietungen vorgesehen. Dabei dürfte inzwischen auch dem Letzten klar sein, dass die Neuvermietungspreise in der Regel deutlich über dem Mietspiegelniveau liegen – und damit deutlich über den vorgesehenen Richtwerten

der neuen Rechtsverordnung. Segregation und Verdrängung arbeitet der Senat so sicher nicht entgegen, ganz im Gegenteil: wer nun auf Grund dieser neuen Rechtsverordnung umziehen muss, dem bleiben nur noch wenige Gebiete. Bezweifelt werden darf auch, ob die neue Regelung überhaupt vor dem Bundessozialgericht Bestand haben wird. Es gibt nämlich schon ein Urteil, das fordert, dass ausreichend Wohnraum zur Verfügung stehen muss.

DIE LINKE fordert daher auch weiterhin die Einbeziehung von Mieten auch in mittlerer Wohnlage. Für die Berechnungen zugrunde gelegt werden müssen außerdem Wohnungen, die kleiner als 40 Quadratmeter sind. Das sind Voraussetzungen für realistische Richtwerte, die zumindest einen Verbleib der Menschen in ihren Wohnungen ermöglichen.

Carola Bluhm



Werden die BewohnerInnen der Müllerstraße in 10 Jahren ihre Wohnung noch bezahlen können?

Neben anderen vier Gebieten in Berlin hat der Senat 2011 drei weitere Sanierungsgebiete in Mitte festgelegt. Müllerstraße, nördliche Luisenstadt und Turmstraße. Für diese drei Gebiete möchte die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung innerhalb 15 Jahren insgesamt 81,7 Mio. Euro investieren. In zwei Sanierungsgebieten, Turmstraße und Nördliche Luisenstadt, wird das Leitprogramm Städtebauförderung: »Städtebaulicher Denkmalschutz« eingesetzt.

Damit wurden zentrale Ziele festgelegt, und zwar für das Sanierungsgebiet Luisenstadt »Reurbanisierung des innerstädtischen Gebietes« und die »Erschließung des Spreeufers«, für Müllerstraße »An der Müllerstraße den Wedding neu entdecken«. Schließlich in der Turmstraße soll das Stadtteilzentrum Turmstraße zu einem attraktiven und qualitätsvollen Einkaufs- und Versorgungszentrum entwickelt werden. Dabei soll es um die Aufwertung des öffentlichen

Raumes, die Erhöhung der Lebensqualität für die BewohnerInnen gehen. Diese Gebiete sind als Orte des Wohnens, der Bildung, der Kultur und der Freizeit für die Bewohnerinnen und Bewohner zu erhalten und weiterzuentwickeln.

Die Ziele dieses Programms sind gut. Dagegen lässt sich nichts sagen. Die Berlinerinnen und Berliner haben aber mit solchen Programmen so viel negative Erfahrungen gesammelt, dass sie noch nicht mal das Wort »Aufwertung« hören möchten. Das bedeutet fast immer »Luxussanierung«, »Segregation« und »Gentrifizierung«! Man fragt sich, ob man in 10 Jahren in der Lage sein wird, die Miete zu zahlen.

Bei dem Beschluss hat der Senat ausdrücklich betont, dass dieser Prozess nur mit Bürgerbeteiligung erfolgreich sein könnte. Wir meinen, dass die Beteiligung von der Planung bis zur endgültigen Gestaltung wirklich stattfinden muss. Der gesamte Prozess sollte für alle Betroffenen transparent gestaltet werden. Wie wir in unserem Wahlprogramm festgeschrieben

Politische Bildung

12.5.2012 • 10:00 Uhr bis 16:00 Uhr
KIZ Karl-Liebknecht-Haus
Der Imperialismus und die Hegemonie des Opportunismus in der SPD 1900-1914
Referentin: Prof. Dr. Gretchen Binus

14.05.2012 • 19 Uhr
Was im Wasser-Ausschuss passiert – und was nicht /
Rosa-Luxemburg-Stiftung,
Franz-Mehring-Platz 1
Mit Gerwald Claus Brunner (Piraten)
und Klaus Lederer

16.05.2012 • 18 Uhr
Bildungsangebot für neue Mitglieder
Die LINKE hat eine lange Geschichte:
– Tradition und Lehren / Woher wir kommen, wer wir sind / Gemeinsam für einen Politikwechsel und eine bessere Gesellschaft
Karl-Liebknecht-Haus / Mit Horst Kahrs
(Anmeldung unter: Tel. 24009204 oder thilo.urchs@die-linke-berlin.de)

31.05.2012 • 18 Uhr
GeDRUCKtes
Gesine Löttsch und Peter Bause
»Man stirbt doch nicht im dritten Akt«
Rosa-Luxemburg-Saal
im Karl-Liebknecht-Haus

hatten, wollen wir versuchen, dies mit den Menschen vor Ort umzusetzen. Das heißt für uns: Niemand darf durch die Aufwertung verdrängt werden. Freiflächen müssen für die Menschen, die dort leben, genutzt werden – für sozialen Wohnungsbau, für Parks, Gärten und Spielflächen.

Kadiye Karci

Das ist das Letzte

Für die letzten Störfälle in der Hauptstadt gibt es folgende Begründungen: Das Verkehrschaos auf Straßen und Schienen liegt nicht an der mangelnden Koordinierung durch den Senat, sondern am übertriebenen Eifer der Bauarbeiter, am Wettlauf von Demos und Marathons, und am Schienenersatzverkehr. Der Senat hat nun aber entdeckt, dass neue Geleise und Züge nicht helfen, wenn nicht auch kundige Fahrer für die Züge bereitstehen.

Die Dioxin-Eier mit der sechsfachen Belastung des Verträglichen, sind auch bis Berlin gerollt. Schuld haben die Futtermittelfabriken, die Geldschneider unter den Eierfarmern und die überlasteten Kontrolleure, die durch die Kaufhallen hecheln, statt den Lieferanten auf die Finger zu schauen.

Die Opposition legt aber Wert auf die Feststellung, dass die Hühner unschuldig sind. Wie nun auch die EU bestätigte, ist der Wasserpreis in Berlin um 20 % überhöht, was zu ändern ist.

Die Wasserwerke bitten, nicht in die Spree zu pinkeln. Der Umweltschutz fordert bessere Quellen und Filter. Die Linke verweist auf die Dividende der Vorstände. Der rot-schwarze Senat betont aber täglich, dass die Stimmung zwischen Wowi und Henkel so fröhlich, wie zwischen zwei Kegelbrüdern ist.

Auch in Berlin tobt der Streit um Nutzen und Schaden der »Herdprämie«. Ostberliner wissen, dass Krippenkinder besser für das Leben gerüstet sind. Westberliner fürchten, dass auch gute Kindergärten keine schlechten Eltern ersetzen. Und alle wissen, dass ein Betreuungsgeld in falsche Hände kommt und falsche Wirkung hat. Der altdeutsche Kern der Regierenden weist aber – gestützt auf die Erfahrungen in der DDR – darauf hin, dass ein ausreichendes Netz von Kindereinrichtungen für alle Bundesländer, teurer wird als jede Herdprämie! So hält auch Kinderkacke den neuen Senat zusammen. **Arthur Paul**

Impressum:

Bezirksvorstand Berlin-Mitte der Partei DIE LINKE
Geschäftsstelle: Kleine Alexanderstr. 28
 10178 Berlin, Telefon 24 009 336/204, Fax: 24 009 337
E-Mail-Adresse: info@die-linke-berlin-mitte.de
Internet: www.die-linke-berlin-mitte.de
V.i.S.d.P.: Thilo Urchs
Satz + Druck: Druckerei Bunter Hund, Berlin
 Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Eine Parallelität zwischen grammatischem und natürlichem Geschlecht (Genus und Sexus) besteht nicht. Bezeichnungen mit der Endung -innen werden deshalb nur verwendet, wenn ausschließlich von weiblichen Personen die Rede ist.
Redaktionsschluss: 23.04.2012
Ausgabetermin für Nr. 06/2012 – 07.06.2012



Die Berliner und Mitglieder des Kreisvorstandes München auf ihrem ersten gemeinsamen Foto

Zwei Vertreter des Bezirksvorstandes Berlin-Mitte nahmen am 24. April am Mitgliedertreffen des Münchner Kreisverbandes der LINKEN teil. Anlass hierfür war die angestrebte Partnerschaft der beiden Kreisverbände.

Partnerschaftliche Beziehungen zwischen Bayern und Preußen erscheinen sicher bereits dem Normalbürger wunderbar, parteiintern dürfte eine Kooperation aus »Golkisten« und »Lederanern« wirklich für Erstaunen sorgen.

Mit großer herzlicher Gastfreundschaft empfingen uns die Münchner GenossInnen und zeigten reges Interesse an unserer politischen Arbeit. Zudem überraschten Sie die Preußen mit einer gut organisierten und diszipliniert geführten Mitgliedsversammlung. In der Diskussion sparten sie an diesem Abend nicht mit linker Kritik an den derzeitigen Gesellschaftsverhältnissen. Weiß man, welche Diskriminierung engagierte GenossInnen besonders im Berufsleben in Bayern erfahren, ist ihrem Einsatz nicht genügend Respekt zu zollen.

Erste inhaltliche Punkte der Zusammenarbeit z.B. zum Thema Rekommunalisierung

wurden besprochen, gegenseitige Besuche geplant. Wir haben viel von einander zu lernen. Was bleibt von unserem ersten Kurztrip zu den Bajuwaren? Ein Gefühl von großer beidseitiger Sympathie. Na dann, Servus!

Christian Otto

Wir gratulieren im Mai zum Geburtstag!

- Zum 96.** Dora Buchwald
- zum 93.** Gerhard Hiller
- zum 91.** Erna Neuberger
- zum 88.** Günter Krüger
- zum 87.** Ingeborg Schlag
- zum 86.** Helene Bilkenroth
- zum 85.** Fred Mauer, Gerhard Pfeiffer, Sigrid Zimmermann
- zum 84.** Gerhard Hanusch, Marlit Hartig, Irmgard Tinz, Willi Wolter
- zum 83.** Ursula Eberhardt, Lieselotte Meschter, Sabine Nathan
- zum 82.** Ruth Claus, Hans-Joachim Ermer, Hannelore Hanusch, Hermann Kähler, Kurt Pätzold, Ursula Witt
- zum 81.** Eva Braun, Harald Freudenberg, Ingomar Klein, Horst Rost, Peter Urchs
- zum 80.** Henny Frobin
- zum 75.** Gerd Schulze

Europa in der Krise Alternativen zum Marktwahnsinn

mit Sarah Wagenknecht, MdB

Dienstag, 22. Mai, 19 Uhr
 Genossenschaft Prinzenallee 58
 (U 8 – Pankstraße)